

# ANTRAG

Antragsteller\*in: SJD-Die Falken NRW, DIDF- Jugend NRW

## A3: Unsere Zukunft gestalten wir selbst – nie wieder Zwangsdienst!

### Antragstext

Der Landesjugendring schließt sich der [Kritik\[1\]](#) des Deutschen Bundesjugendrings an:

- Alle rechtlich **verpflichtenden Bereitschaftserklärungen, Musterungen und Einberufungsermächtigungen lehnen wir ab.**
- Wir kritisieren, dass drastische Eingriffe in Lebensplanung und Freiheitsrechte über die Köpfe derjenigen hinweg getroffen werden, die unmittelbar betroffen sind.
- Wir erwarten eine offene gesellschaftliche Diskussion, in der junge Menschen als Expert\*innen ihrer eigenen Lebenswelt beteiligt werden. Den bisherigen Verlauf der Debatte halten wir für verfehlt. Insbesondere die emotionale Überwältigung von jungen Menschen im Sinne einer Zustimmung zu Aufrüstung und Militarisierung finden wir verantwortungslos.
- Wir kritisieren das Bild, dass junge Menschen etwas zurückgeben müssen. Es ist schon jetzt klar, dass die Wehrpflicht junge Menschen der Gefahr eines militärischen Einsatzes aussetzt, während junge Menschen immer wieder von der Politik verschleppte Probleme – wie die Existenz von Armut oder unzureichendes Eingreifen in den Klimawandel – ausbaden müssen.
- Wir kritisieren den oberflächlichen Begriff von Freiwilligkeit in der Debatte. Echte Freiwilligkeit würde eine gleichwertige Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements ohne Bevorzugung des Wehrdienstes und die verbindliche Beteiligung junger Menschen an allen Entscheidungen, die ihre Lebensrealität betreffen, voraussetzen.  
Vor dem Hintergrund, dass es weiterhin zu wenige Möglichkeiten gibt ein soziales Jahr zu absolvieren, junge Menschen in Ausbildung und Berufsbeginn insbesondere in sozialen Berufen ausgebeutet werden und das Wohnen kaum noch bezahlbar ist, kann von Freiwilligkeit keine Rede sein.

Wir fordern von den NRW-Bundestagsabgeordneten und den NRW- Landtagsabgeordneten sich für folgende Punkte einzusetzen:

- die Streichung der verpflichtenden Erfassungs- und Musterungsregelungen (§§ 15a, 17, 2a WPflG-E).
- die Streichung der geplanten Verordnungsermächtigung zur Einberufung im Frieden (§ 2a WPflG-E) und die ausschließliche Bindung der Wehrpflicht an die verfassungsrechtlich vorgesehenen Ausnahmefälle.
- die Vermeidung jeder gesetzlichen Konstruktion, die faktischen Druck zur Entscheidung für den Wehrdienst erzeugt – insbesondere gegenüber sozial benachteiligten Gruppen (§ 58c SG-E).
- die verbindliche, frühzeitige und dauerhafte Einbindung junger Menschen in alle politischen Vorhaben, die ihre Lebensrealitäten unmittelbar betreffen.
- die Förderung freiwilligen zivilgesellschaftlichen Engagements unter fairen Bedingungen und ein Ende der strukturellen Bevorzugung des Wehrdienstes.
- die Aufklärung junger Menschen über die Realität von Krieg und Wehrdienst und ein Ende der Verharmlosung und Gamification der Bundeswehrwerbung.

Wir kritisieren darüber hinaus:

- die Militarisierung der Schulen und des öffentlichen Raums in NRW. Insbesondere Werbung für die Bundeswehr, die sich direkt an Kinder richtet, wie etwa Spiel- und Fotoaktionen der Bundeswehr am NRW-Tag 2024 oder der Gamescom, oder die da stattfindet, wo sich Kinder aufhalten (Schulen/Köln Bäder), finden wir falsch. Deutschland und damit das Land NRW muss sich an die Kinderrechtekonvention halten und darf keine Minderjährigen anwerben. Schulen müssen Orte der Bildung, nicht der Rekrutierung sein. Jugendarbeit soll junge Menschen zur Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Mitverantwortung befähigen (§ 11 Abs. 1 SGB VIII). Eine militarisierte „Berufsorientierung“ steht im Widerspruch zu diesem Auftrag.
- Nach Angaben der Bundesregierung wurden 14 von 315 weibliche Soldat\*innen unter 18 Jahren [2023\[2\]](#) Opfer sexueller Übergriffe bei der Bundeswehr.

Ebenfalls gibt es immer wieder Berichte über strukturellen Rassismus sowie rechtsextreme Gruppen in der Bundeswehr. 2024 wurden aufgrund rechtsextremistischer Vorfälle 97 Bundeswehrangehörige entlassen. Im Vorjahr waren es 62. Die Bundeswehr ist auch deshalb ein gefährlicher Ort für junge Menschen.

- Der prognostizierbare Sparzwang durch die massive Investition in die Militarisierung und fordern das diese die eingeschränkten Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in NRW, wovon ca. 20% in Armut leben, nicht noch weiter verschärfen darf. Ganz im Gegenteil es braucht Investitionen in eine starke Zivilgesellschaft und Sicherheit nach innen: durch Bildung, soziale Absicherung und gesellschaftlichen Zusammenhalt, nicht durch Aufrüstung und militärische Logik. Die Jugendhilfe hat nach dem Gesetz die Pflicht, Benachteiligungen abzubauen und gleiche Chancen für alle zu schaffen (§ 9 Nr. 2 SGB VIII).
- Die Versuche der Polizei, den Protest junger Menschen gegen die Rüstungspolitik zu verbieten (wie zum Beispiel die Gewalt gegen Demonstrierende auf dem Rheinmetall Entwaffnen Camp und der Abschlussdemonstration am 30.08.2025). Es muss möglich sein, Krieg und Militarismus öffentlich zu kritisieren!

Daraus ergibt sich für den Vorstand des Landesjugendrings NRW folgender Auftrag:

- Die Durchführung und Organisation einer Kampagne gegen die Zwangsdienste, mit besonderem Augenmerk auf die Wehrpflicht. Dazu sollen Infomaterialien entwickelt werden, die unsere Kritik, Hinweise zur Verweigerung von Informationen gegenüber der Bundeswehr und Hilfen zur Umgehung der Wehrpflicht beinhalten. Des Weiteren sollen Socialmediavorlagen zur Verfügung gestellt werden.
- Die Organisation und Durchführung einer zur Kampagne zugehörigen Demonstration im Jahr 2026 vor dem Landtag NRW für alle Mitgliedsverbände, die kinder- und jugendgerecht ist und an deren Umsetzung Kinder und Jugendliche aus den Mitgliedsverbänden maßgeblich beteiligt werden.

[1]

[https://www.dbjr.de/fileadmin/Positionen/2025/250813\\_Bundesjugendring\\_Stellungnahme\\_WDModG.pdf](https://www.dbjr.de/fileadmin/Positionen/2025/250813_Bundesjugendring_Stellungnahme_WDModG.pdf)

[2][https://unter18nie.de/wordpress/wp-content/uploads/2025/01/Kleine-Anfrage-BSW\\_Juni-2024\\_Verletzungen-von-minderjaehrigen-Rekrutinnen-und-Rekruten-in-der-](https://unter18nie.de/wordpress/wp-content/uploads/2025/01/Kleine-Anfrage-BSW_Juni-2024_Verletzungen-von-minderjaehrigen-Rekrutinnen-und-Rekruten-in-der-)

## **Begründung**

Die Debatte um die Einführung einer Wehrpflicht und eines Zivildienst geht völlig an den Interessen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen vorbei. Als Landesjugendring NRW müssen wir konsequent dagegen Stellung beziehen und uns für die Selbstbestimmung junger Menschen stark machen.